

Parteientwicklung bis zur Landtagswahl

Mittelfristige Planung 2018 – 2021

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

Vorwort

Rheinland-Pfalz hat die sich an die Parteigründung 2007 anschließenden „unruhigen Jahre“ mittlerweile hinter sich gelassen: Die Mitgliedschaft wächst, die durchschnittlichen und absoluten Beitragseinnahmen steigen.

	2016	2017 (Dezember)
Mitglieder	1584	1661
Beiträge Absolut	133.109 Euro	139.000 Euro (geschätzt)
	2012	2016
Durchschnittsbeitrag	4,88 Euro	7,00 Euro

Wir haben es in den vergangenen Jahren gemeinsam geschafft, uns einen organisatorischen und finanziellen Unterbau zu erarbeiten, der überhaupt erst die Grundlage für eigenständiges politisches Handeln legt. Der Landesverband und die Kreisverbände wollen diese Chance nun nutzen und haben erste Schritte dazu getan: Mit überaus positivem Echo haben regionale Neumitgliedertreffen stattgefunden, erste kleine Projekte wurden erfolgreich umgesetzt - beispielsweise bei den Protesten gegen die europäische Rechte in Koblenz und bei den Veranstaltungen zum politischen Aschermittwoch hat dies erste Früchte getragen. Wir wollen die Kooperationsfähig- und -willigkeit zwischen den Parteiebenen und den Kreisverbänden deshalb ausbauen und auf diesem Wege eigene politische Themen in die öffentliche Wahrnehmung rücken. Weil dies auf landespolitischer Ebene ohne Landtagsfraktion nahezu unmöglich ist, wird die kommunale Ebene das Haupthandlungsfeld werden: Gut arbeitende Fraktionen und EinzelmandatsträgerInnen sollen in der Öffentlichkeitsarbeit und mit thematischen Kampagnen unterstützt, die Vernetzung über das Kommunalpolitische Forum gestärkt werden. Das Kommunalpolitische Forum ist zu diesem Zweck im Dezember neu gegründet worden.

Leider sind noch längst nicht alle Stadt- und Kreisverbände heute im Sinne einer konstant wahrnehmbaren, linken Kommunalpolitik ausreichend arbeits- und kampagnenfähig. Wir wollen personell und/oder finanziell schwächere Kreisverbände unterstützen und beim Aufbau tragfähiger Strukturen helfen. Der Ausgleich der unterschiedlichen organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten ist nicht alleine über die Landesebene zu bewerkstelligen, wir wollen auch Vorschläge erarbeiten, wie ein horizontaler Finanzausgleich zwischen den Gebietsverbänden organisiert werden kann. Gebietsübergreifende und regionale Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Parteistrukturen soll auf Grundlage der fünf Regionen im Land unterstützt werden.

Neben den o.g. Aufgabenstellungen ist in den vergangenen Jahren aber auch einiges erreicht worden: wir sind flächendeckend in den Kreistagen und Stadträten vertreten, damit bestehen realistische Chancen, den kommunalpolitischen Auftritt ausreichend stärken zu können, um

einerseits bei den Kommunalwahlen, andererseits bei den Landtagswahlen zulegen zu können.

Sehr viel dünner ist die Präsenz in den Verbandsgemeinderäten, den Gemeinde- und Ortsräten. Es muss unser Ziel sein, die Verankerung vor Ort zu stärken – sie bildet die Basis für kommende Wahlerfolge auf allen Ebenen. Deswegen will der Landesvorstand die einzelnen MandatsträgerInnen stärker unterstützen und gleichzeitig die Selbstorganisation und den Erfahrungsaustausch über das Kommunalpolitische Forum ausbauen. Landesweite Aktionen auf kommunaler Ebene sollen dazu dienen, unsere Positionen stärker als bisher erfahr- und wahrnehmbar zu machen: die kommunale Ebene ist die Keimzelle, um „Politik“ zu lernen, Erfahrungen zu sammeln und der Partei nach außen Gesichter zu verleihen. Nicht zuletzt werden dort auch die Talente gefördert, die in immer stärker personenzentrierten Wahlkämpfen mindestens ebenso wichtig wie gute Programme sind.

Um diese Aufgaben schultern zu können, haben wir in den letzten Jahren durchaus nennenswerte Grundlagen geschaffen: auf Landesebene arbeiten Vorstand und Landesausschuss gut zusammen, Schiedskommission, Finanzrevision und Landesfinanzrat erfüllen ihre Aufgaben. Landesparteitage sind zuletzt deutlich professioneller geplant und mit guter Öffentlichkeitswirksamkeit veranstaltet worden. Perspektivisch gilt es, auch die anderen Gremien in ihrer Funktionsweise und Ausgestaltung auszubauen.

Bei der Bundestagswahl 2017 konnte der Landesverband sein Ergebnis mit 6,8 Prozent gegenüber 2013 um 1,4 Prozent und damit deutlich steigern, statt zwei entsendet der Landesverband nun drei Abgeordnete in den Bundestag.

Diese ermutigenden Fortschritte wollen wir ausbauen und uns über ein gutes Ergebnis bei den **Kommunalwahlen** und Europawahlen **2019** eine erfolgsversprechende Ausgangsposition für die **Landtagswahlen 2021** und die nach derzeitigem Stand der Dinge im selben Jahr stattfindende Bundestagswahl erarbeiten. Wir setzen dabei voraus, dass das kommende Jahr 2018 für den Landesverband ein Jahr ohne Wahlkämpfe sein wird, insbesondere ohne eine Bundestagswahl.

Die politische Ausgangslage ist dabei für uns als LINKE im konservativen Flächenland Rheinland-Pfalz, in dem es nur wenige städtische Ballungsgebiete gibt, schwierig: Bei den letzten Bundestagswahlen sind – mit einer Ausnahme – alle rheinland-pfälzischen Wahlkreise an die CDU gegangen.

Bei der Landtagswahl 2016 hat sich die damals schon seit einem Vierteljahrhundert regierende SPD gegen eine in Umfragen lange Zeit als klare Siegerin geltende CDU durchgesetzt. Das Resultat ist eine SPD-geführte Ampelregierung mit einer Ministerpräsidentin Dreyer, die sich über Parteigrenzen hinweg als Garantin für soziale Gerechtigkeit inszeniert.

Die AfD hat aus dem Stand, durchaus auch mit sozialen Themen, 12,6 Prozent der Stimmen erreicht.

Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren die Frage beantworten, wofür DIE LINKE gebraucht wird – und wir müssen unsere vergleichsweise geringen Kräfte auf die Themen,

Wählergruppen und Regionen konzentrieren, in denen wir besonders viele Stimmen erreichen können. Gleichzeitig müssen wir mehr Genossinnen und Genossen zu bekannten Gesichtern unserer Partei machen – denn Inhalte werden weiter zunehmend durch Köpfe transportiert. Dass dies durchaus auch in Rheinland-Pfalz gelingen kann, beweist die letzte Bundestagswahl: Im September 2017 haben wir 161.000 Zweitstimmen erhalten, bei einer Landtagswahl reichen gut 100.000 Stimmen für den Einzug in den Mainzer Landtag.

Die Schwerpunkte

Neben der Stärkung unserer politischen Wahrnehmbarkeit ist die Steigerung der Eigenfinanzierungsquote das zweite übergeordnete Ziel: Wir müssen jetzt in unsere FunktionärInnen, MandatsträgerInnen und die innerparteiliche Fortbildung (parteinahe Bildungsträger sind hierbei immer mitgedacht) investieren, um für Neumitglieder attraktiver zu werden, unsere Wahlergebnisse insbesondere kommunal und bei Landtagswahlen zu verbessern und dadurch Beitragseinnahmen und MandatsträgerInnen-Abgaben zu steigern. Wir wollen deshalb wie in den vergangenen Jahren auch, die Beitragseinnahmen kontinuierlich steigern und streben auch 2018 mindestens 100 neue Mitglieder an. Gleichzeitig wollen wir die Haltequote bestehender Mitgliedschaften verbessern, weil nach wie vor – wenn auch mit sinkender Tendenz – zu viele Mitglieder die Partei nach mehr oder weniger langen Mitgliedschaften wieder verlassen.

Die Zeitschiene

2018 wird wegen des 200. Geburtstags von Karl Marx gerade für Rheinland-Pfalz ein besonderes Jahr: Dank des Geburtsortes Trier hat der Landesverband im kommenden Jahr zahlreiche Anknüpfungspunkte an ein medial breit bespieltes Thema. Dies wollen wir nutzen.

Zwar ist 2018 ein Jahr ohne öffentliche Wahlen im Bundesland Rheinland-Pfalz, aber es ist auch das Vorjahr der Kommunalwahl 2019. Schon die letzten beiden Quartale werden deshalb unter den Vorzeichen der Kommunalwahl stehen – nicht zuletzt müssen die Listen in den Gebietsverbänden aufgestellt und kommunalpolitische Leitlinien gemeinsam erarbeitet und verabschiedet werden.

2019 wird im ersten Halbjahr dem Kommunal- und Europawahlkampf gehören, im zweiten Halbjahr werden die ersten Vorbereitungen für die Landtagswahl 2021 anstehen: Zum Beispiel die Regionalkonferenzen zur Erarbeitung eines Landtagswahlprogramms.

Gegen Ende des ersten Halbjahrs **2020** werden wir bei einer LandesvertreterInnenversammlung die Landesliste für die Landtagswahl aufstellen, die Landtagswahl selber wird schon im ersten Quartal **2021** stattfinden (März).

In diesem sehr engen Zeitkorsett müssen die notwendigen Entwicklungen der Parteistrukturen, die Förderung, Schulung und Bildung der Mitglieder, hierbei vor allem auch die große Anzahl an Neumitgliedern und der FunktionärInnen und die Stärkung der personellen und finanziellen Ressourcen erfolgen.

Die Aufgaben

Aus dem Vorgenannten ergeben sich vier Aufgabenbereiche, die es zu bearbeiten gilt, um die oben genannten Ziele bestmöglich zu erreichen. Dies sind:

- 1) der weitere organisatorische Parteaufbau und die organisatorische Schulung von FunktionärInnen,
- 2) die politisch-inhaltliche Schulung mindestens der GenossInnen, die bei den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen aussichtsreiche Listenplätze belegen wollen/sollen und
- 3) die Planung und Durchführung politischer Kampagnen und Aktivitäten zur Stärkung der landespolitischen Wahrnehmbarkeit des LV sowie
- 4) die bestmögliche Einbindung der drei MdB und ihrer Aktivitäten und Ressourcen in die Erreichung der oben genannten Ziele.

Die Umsetzung

Um die o.g. Aufgabenstellung sinnvoll abarbeiten zu können, will der Landesverband mit einem „Dreieinhalb-Jahresplan“ eine umfassende Planung bis zur Landtagswahl 2021 festlegen. Damit soll ein stabiles Gerüst für den Parteaufbau das „Fahren auf Sicht“ ersetzen, sollen Aktivitäten und Ressourcen längerfristig planbar werden. Der Landesverband strebt deshalb hinsichtlich der Finanzen eine verlässliche Vereinbarung der Landesverbände mit dem Parteivorstand an. Eine solche Vereinbarung ermöglicht folgende Aktivitäten:

- 1) Parteaufbau und Schulung von FunktionärInnen
Parteaufbau und Schulungen sind kein Selbstzweck. Wissenstransfer sichert den Fortbestand unserer Partei ab und macht Genossinnen und Genossen fit für derzeitige und kommende Ämter. Gerade im Hinblick auf kommende Wahlkämpfe und eigene Initiativen des Landesverbandes wird die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit immer mitgedacht. Hürden für den Einstieg in die politische Arbeit abzubauen und die Genossinnen und Genossen zu befähigen, ihre Ämter kompetent und mit Freude wahrnehmen zu können, ist unser erklärtes Ziel.
 - a) Jährlich mindestens ein Neumitgliedertreffen auf Landesebene (in Verbindung mit Landesparteitag)
 - b) Jährlich mindestens zwei Organisations-Schulungen für Kreisvorstände, davon eine für SchatzmeisterInnen
 - c) Jährlich zwei Schulungen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kreisen/Regionen
 - d) Jährlich eine landesweite Kreisschulung Facebook und Foto
 - e) Jährlich zwei Regional-Schulungen für WahlkämpferInnen
 - f) Stärkung solid, 2018 insbesondere durch Forcierung der Aufnahme i. d. Landesjugendring
 - g) (Wieder)aufbau kommunalpolitischer Kompetenz durch Wiederbelebung des Kommunalpolitischen Forums (Neugründung Ende 2017 erfolgt)

- h) Bessere Vernetzung des Landesverbandes insbesondere auf Bundesebene: Regelmäßige Teilnahme an entsprechenden Gremientagungen und bessere Rückkopplung der Ergebnisse an Landesvorstand und Landesausschuss. Angestrebt wird die Entsendung einer/s rheinland-pfälzischen VertreterIn in den Parteivorstand.
 - i) 2x jährliche Auflage einer rheinland-pfälzischen Mitgliederzeitung
- 2) Politisch-inhaltliche Schulungen
- Seit Jahren wird ein Bedarf von inhaltlichen Schulungen innerhalb des Landesverbandes artikuliert. Nachdem wir uns in ruhigerem Fahrwasser befinden ist die Zeit reif, diesen Punkt offensiv anzugehen und grundlegende Angebote an unsere Mitgliedschaft zu formulieren.
- a) 200. Geburtstag Karl Marx – zentraler Ausgangspunkt für die Kampagne „Wer braucht heute DIE LINKE – und vor allem: wofür?“ (Arbeitstitel, siehe 3a)
 - b) 2018 mindestens zwei Regionalkonferenzen Kommunalwahlprogramm 2019
 - c) 2018 mindestens zwei Schulungen „Linke Kommunalpolitik“
 - d) Mindestens ein Schulungsangebot „Grundsatzprogramm DIE LINKE“
 - e) 2019 mindestens zwei Regionalkonferenzen Landtagswahlprogramm
 - f) 2019 mindestens zwei Schulungen „Linke Kommunalpolitik“
 - g) 2019 mindestens zwei Schulungen „Linke Landespolitik“
 - h) 2020 mindestens zwei Schulungen „Linke Landespolitik“
- 3) Stärkung der landespolitischen Wahrnehmbarkeit
- Es ist an der Zeit landespolitische Akzente abseits des politischen Tagesgeschäftes zu setzen. DIE LINKE will im Land erfahrbar werden, ihr inhaltliches Profil schärfen und Debatten nicht aus dem Weg gehen. Eigene politische Vorstellungen zu erarbeiten und diese in Kampagnen und Aktionen zu kommunizieren ist essentieller Bestandteil für eine weitere Verbreiterung unserer Mitgliedschaft und Zustimmung in der Gesellschaft.
- a) Jährlich eine thematische Zentralaussage mit entsprechenden Schulungen, Veranstaltungen und Materialien
2018: „Arm im Alter“ – was kann DIE LINKE im Land, in Städten und Kreisen dagegen tun?
 - b) „Reise durch die Kreise“: MdB und Landesvorstände sind jeweils dort vor Ort, wo sich aktueller Anlass und Anknüpfungspunkte für linke Politik bieten. Inhaltliche und personelle Kopplung an die Parteistrukturen vor Ort.
 - c) Inhaltlicher Ausbau und funktionales Update der Landeshomepage (Kurzvideos), des YouTube-Kanals und des Facebook-Auftritts. Verstetigung der Pressearbeit.
 - d) Neugründung der Landesarbeitsgemeinschaft Landespolitik zur perspektivischen Unterstützung und thematischen Unterersetzung der Landtagswahlen 2021
- 4) Einbindung der Bundestagsabgeordneten
- Zusammenarbeit ist das Stichwort für politischen Erfolg und Wahrnehmbarkeit. Hierbei spielen unsere Bundestagsabgeordneten eine entscheidende Rolle. Hierzu müssen wir die Arbeit auf inhaltlicher Ebene stärker Verzahnen und gemeinsame Wege gehen.

- a) Stärkere Rückkopplung der Arbeit der Bundestagsfraktion und der rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten in den Landesverband und vor allem die Öffentlichkeit.
- b) Öffentlichkeitswirksame Bundesthemen auf Rheinland-Pfalz „herunterbrechen“.
- c) Nutzung der Landesgruppe und deren Ressourcen zur Stärkung der politischen Präsenz in der Fläche.

All diese Maßnahmen dienen nicht zuletzt auch dem Zweck, die Parteibasis zu verbreitern und Mitglieder stärker an die Partei zu binden. Wir haben den Anspruch Mitgliederpartei zu sein. Wir wollen Neumitglieder besser in die Partei einbinden, das ist ein wichtiges Element – aber wir wollen auch daran arbeiten, für Bestandsmitglieder Angebote zu machen und diese weiter für unsere Partei und unsere politischen Ziele zu begeistern. Wir wollen mit diesen beiden Eckpfeilern den Sprung über die 2.000 Mitglieder innerhalb der vier Jahre schaffen und ermuntern schon heute alle Kreisverbände, eigene Ziele markieren zu formulieren und deren Erreichung zu überprüfen.

All diese Schritte können wir nur gemeinsam gehen. Wir wollen jedes Mitglied, alle Vorstände, kommunale MandatsträgerInnen und Abgeordnete ermuntern, sich in die Debatte einzubringen und ihren Teil zu tun, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir sind davon überzeugt, dass die geplanten Veränderungen, Schulungen und Veranstaltungen der richtige Weg sind, Fortschritte zu erreichen und für die Mitglieder erlebbar zu machen. Dafür benötigt der Landesverband verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen, idealerweise bis zur Landtagswahl 2021. Denn so besteht die realistische Chance, ab diesem Zeitpunkt dem Ziel dauerhafter politischer Handlungs- und Kampagnenfähigkeit, stabiler Wahlergebnisse und einer erheblichen Steigerung der Eigenfinanzierungsquote des LV nahe zu kommen - oder diese Ziele im besten Fall sogar zu erreichen.

Die Finanzplanung 2018

Der Landesverband kalkuliert 2018 bei Gesamtausgaben von knapp 260 T€ gut 62 T€ für die oben genannten Aktivitäten zur Schulung und Integration von Mitgliedern und für die Entwicklung der Parteistrukturen. Dies entspricht knapp 25 Prozent der geplanten Gesamtausgaben.

Bei Fortführung des Länderfinanzausgleichs in derzeitiger Höhe entstünde dadurch ein Defizit von 42 T€, das auch bei bestmöglicher Entwicklung der Beitrags- und Mitgliederzahlen weder im kommenden Jahr noch bis zur Landtagswahl 2021 aus eigener Kraft zu finanzieren ist.

Der Landesverband verfügt derzeit über 1,5 bezahlte Stellen: eine volle Stelle für einen Mitarbeiter mit geschäftsführender Funktion in der Landesgeschäftsstelle und eine halbe Stelle für eine Mitarbeiterin für Finanzen.